

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.585.005

Wien, am 11. November 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Fürst, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. September 2020 unter der Nr. **3328/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Abschaffung des Bargeldes in der App von amtsweg.gv.at“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 14:

1. *Inwiefern unterstützt Ihr Ressort im Rahmen der bestehenden Kooperationen iZm amtsweg.gv.at eine Vorarbeit zur Abschaffung des Bargeldes?*
2. *Inwiefern wirkt Ihr Ressort konkret bei dieser Kooperation mit?*
3. *Ist Ihnen bekannt, dass die von Ihnen unterstützte Plattform amtsweg.gv.at das bargeldlose Bezahlen in allen österreichischen Gemeinden forciert?*
 - a. *Wenn ja, seit wann?*
 - b. *Wenn ja, unterstützen Sie dieses Vorgehen?*
 - c. *Wenn ja, inwiefern werden Sie diese Vorgehen zum Schutz des Bargeldes beenden?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*

4. Inwiefern fördern oder unterstützen Sie amtsweg.gv.at; die RiS GmbH oder die Bluecode AG seit 2011?
 - a. Welche Kosten sind dabei entstanden?
5. Ist Ihnen bekannt, dass die offizielle App von amtsweg.gv.at das bargeldlose Bezahlung in allen österreichischen Gemeinden forciert?
 - a. Wenn ja, seit wann?
 - b. Wenn ja, unterstützen Sie dieses Vorgehen?
 - c. Wenn ja, inwiefern werden Sie diese Vorgehen zum Schutz des Bargeldes beenden?
 - d. Wenn nein, warum nicht?
6. Inwiefern unterstützten Sie die „Ausrollung“ des bargeldlosen Bezahlens auf alle Gemeinden?
7. Inwiefern erachten Sie es als problematisch, dass ein „Gemeinde Info und Service App“ mit Monopolstellung und staatlicher Unterstützung das bargeldlose Zahlen forciert?
8. Erkennen Sie einen Widerspruch zwischen dem staatlichen Forcieren von bargeldlosem Bezahlung und dem im Regierungsprogramm festgehaltenen „Bekenntnis zum Erhalt des Bargelds im Rahmen der geltenden Geldwäschebestimmungen“?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Wenn nein, wie muss Ihr „Bekenntnis“ verstanden werden?
 - c. Wenn ja, handelt es sich diesbezüglich um eine Abkehr vom Regierungsprogramm?
9. Gibt es in Ihrem Ressort Bedenken hinsichtlich der Verarbeitung von personenbezogenen Bürgerdaten und Zahlungsdaten in einer App?
 - a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, inwiefern können Sie höchsten Datenschutz garantieren?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
10. Inwiefern werden Provisionen mit dem bargeldlosen Bezahlung via GEM2GO App verdient?
11. Wem kommen die durch die Kooperation mit Bluecode generierten Einnahmen zugute?
12. Mit welchen jährlichen Einnahmen durch die Kooperation von GEM2GO und Bluecode wird gerechnet?
13. Planen Sie auch im Rahmen anderer Websites mit gv.at-Domain Kooperationen mit Zahlungsdienstleistern?
 - a. Wenn ja, bei welchen?
 - b. Wenn ja, wann?

- c. *Wenn ja, mit welchen Zahlungsanbietern wollen Sie kooperieren?*
14. *Planen oder planten Sie eine Kooperation mit der Wirecard AG oder einer Tochtergesellschaft zur Implementierung von bargeldlosen Zahlungsmöglichkeiten auf Websites oder Apps in öffentlicher Hand?*
- a. Wenn ja, wann?*
 - b. Wenn ja, warum?*
 - c. Wenn ja, mit welcher Gesellschaft bzw. welchen Gesellschaftern oder Verantwortlichen wurden diesbezüglich Gespräche geführt?*

Es besteht keine Kooperation zwischen dem Bundeskanzleramt und den angesprochenen Unternehmen, weshalb mir auch keine Informationen über den angesprochenen Sachverhalt vorliegen. Darüber hinaus ersuche ich um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 8/2020, nicht Gegenstand meines Vollzugsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

Sebastian Kurz

